

**II-3427 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1826 IJ

1988-03-09

A N F R A G E

der Abgeordneten Srb und Freunde
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Auswirkungen der Steuerreform auf behinderte Menschen
und deren Angehörige

Für behinderte Menschen entstehen in vielen Lebensbereichen im Gegensatz zu nichtbehinderten Menschen finanzielle Mehraufwendungen. Der Bogen dieses Mehraufwandes spannt sich von der Notwendigkeit, für Hilfe und Pflege bezahlen zu müssen, über einen erhöhten Aufwand bei der Wahl und Einrichtung einer Wohnung bis hin zu der Notwendigkeit, ein eigenes Kraftfahrzeug anschaffen zu müssen oder mit dem Taxi fahren zu müssen. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Die bisher vorhandenen Möglichkeiten, behinderungsbedingte Mehraufwendungen steuerlich absetzen zu können, stellten für die Betroffenen ohnehin nur eine sehr bescheidene Kompensation ihrer stark erhöhten Lebenshaltungskosten dar. Im Zuge der öffentlichen Diskussion um die geplante Steuerreform teilen viele behinderte Menschen die Befürchtung, daß die gegenwärtig in Kraft befindlichen Möglichkeiten eingeschränkt werden könnten.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E :

1. Welche Veränderungen wird die Steuerreform für behinderte Menschen bzw. für deren Angehörige bringen?
2. Können Sie es ausschließen, daß es zu steuerlichen Verschlechterungen für diesen Personenkreis kommen wird? Wenn nein, warum?
3. Werden Sie für eine regelmäßige Anpassung der bestehenden Pauschalbeträge Sorge tragen? Wenn nein, warum nicht?
4. Sind Sie bereit, sich für eine steuerliche Absetzbarkeit von Spenden und Subventionen an gemeinnützige Vereine, die im Bereich der Behindertenarbeit tätig sind, einzusetzen? Wenn nein, warum nicht?
5. Wenn ja, bis wann könnte diese Neuregelung in Kraft treten?